

Studie zum Thema
Verwaltung und Verwaltungsreform

bundesweit repräsentative
Bevölkerungsbefragung 2003

Bericht

27131 003

WIEN, IM MAI 2003

IFES

INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG, RAINERGASSE 38, 1050 WIEN, TEL. 54 670-0, FAX. 54 670-312,
E-MAIL: IFES@IFES.AT, [HTTP://WWW.IFES.AT](http://www.ifes.at)

Daten zur Untersuchung

Thema:	Verwaltung, Verwaltungsreform
Auftraggeber:	Österreichischer Städtebund
Status der Studie:	vertraulich
Grundgesamtheit:	Personen ab 18 Jahren
Erhebungsgebiet:	Österreich
Stichprobenumfang:	1.000 Personen
Zielpersonenauswahl:	Zufallsauswahl
Fragenprogramm:	mit dem Auftraggeber abgestimmt
Art der Befragung:	CATI-Telefonumfrage
Befragungszeitraum:	13. bis 18. Mai 2003
Projektleiter:	Dr. Gert Feistritzer

Rundungsdifferenzen: Bei der Ausgabe der Tabellen wird auf das jeweilige Darstellungsformat (in der Regel Ganzzahlen) gerundet. Dies kann bei den Additionen von Werten zu geringfügigen Differenzen führen (z.B. 99 oder 101 statt 100).

Hauptergebnisse der Studie:

Das IFES führte Mitte Mai 2003 im Auftrag des Österreichischen Städtebundes vor dem Hintergrund der Verwaltungsreform und des Österreich-Konvents eine bundesweit repräsentative telefonische Befragung bei 1000 Personen ab 18 Jahren zu dieser Thematik durch.

Im Mittelpunkt der Befragung standen folgende Themenaspekte: die Zufriedenheit mit den Verwaltungseinheiten, deren Image bei der Bevölkerung, die Frage der wirtschaftlichen Kompetenzen, bisherige Eindrücke von der Verwaltungsreform, weiterer Reformbedarf, angenommene Sparpotenziale im Öffentlichen Dienst, Strukturreformen bei den Verwaltungseinheiten, Zuständigkeitspräferenzen sowie Fragen zur Nutzung der Internetseiten der Gemeinden und Behörden. Die Studie brachte folgende Hauptergebnisse:

Beurteilung der verschiedenen Verwaltungseinheiten

Welches Image hat die Verwaltung auf Gemeinde-, auf Bezirks-, auf Länder- und auf Bundesebene bei der Bevölkerung? Mittels einer fünfstufigen Notenskala sollten diese Verwaltungseinheiten generell und nach einigen wichtigen Kriterien beurteilt werden.

Insgesamt gesehen schneidet dabei der Öffentliche Dienst in den Gemeinden am entschieden besten ab. Der Verwaltung der eigenen Gemeinde wird von 63 Prozent der Bevölkerung ein (sehr) gutes Zeugnis ausgestellt (Noten 1 oder 2); ein weiteres Viertel gibt die mittlere Note 3, und nur 9 Prozent machen sich ein dezidiert schlechtes Bild von der örtlichen Verwaltung. Hinsichtlich der Bezirks- bzw. Bezirkshauptmannschaftsebene fällt das Ergebnis vergleichsweise schon etwas ab, aber auch hier überwiegt die positive Beurteilung: 44 Prozent verweisen auf einen positiven Eindruck; 36 Prozent wählten die mittlere Note 3, während nur 8 Prozent starke Kritik signalisieren (die übrigen waren hier überfragt). Ganz ähnlich wird die Verwaltung auf Landesebene beurteilt. Die Bundesbehörden schneiden, was ihr Ansehen betrifft, um einiges schlechter ab: nur ein Fünftel der Bevölkerung bewertet die Arbeit der Verwaltung auf Bundesebene eindeutig positiv; jede/r Zweite als mittelmäßig (Note 3), während 25 Prozent schlechte Noten vergeben.

Dieses mit der Nähe der Verwaltungseinheiten (und mit dem persönlichen Zugang) zusammenhängende Image-Ranking manifestiert sich auch bei der differenzierten Beurteilung der Bürgernähe, der Effizienz, der Sparsamkeit und des Engagements, etwas weiterzubringen. Insbesondere in Bezug auf die **Bürgernähe** schneiden die einzelnen Kommunen deutlich besser als die übrigen

Verwaltungseinheiten ab. 61 Prozent haben in Bezug auf die Gemeinden einen (sehr) positiven Eindruck, auf Bezirks- und Landesebene sind dies jeweils 42 Prozent, auf Bundesebene hingegen lediglich 18 Prozent (33 % vergeben hier dezidiert schlechte Noten).

Auch was die **Effizienz bei der Aufgabenerfüllung** betrifft, hat man von der eigenen Gemeinde den vergleichsweise besten Eindruck: 46 Prozent geben hier (sehr) gute Noten, 34 Prozent die mittlere Note, während 15 Prozent größere Defizite sehen. Die BH bzw. die Bezirke kommen auf eine positive Nennungsquote von 39 Prozent (Noten 1 und 2), die Landesverwaltung auf 32 Prozent und der Bund auf schon sehr schwache 19 Prozent. Deutlich mehr, nämlich 28 % der Befragten, halten die Bundesverwaltung für sehr ineffizient.

Die Mehrzahl der Bevölkerung hat darüber hinaus den Eindruck, dass das **Engagement** der Verwaltung auf Gemeinde- und Landesebene, in ihrem Bereich etwas weiterzubringen, durchaus groß ist (14 % haben da Vorbehalte). Insgesamt 56 Prozent der Befragten geben hier den Gemeinden (sehr) gute Noten, annähernd ebenso viele (53 %) sind davon überzeugt, dass dies auch auf Landesebene der Fall ist. Auf Bezirks- bzw. BH-Ebene gehen 44 Prozent von einem hohen Engagement aus (Negativ-Anteil: 10 %), auf Bundesebene wiederum lediglich 26 Prozent. Ebenso viele geben schlechte Noten.

Ein klarer Abstand zwischen der eigenen Gemeinde und den übrigen Verwaltungseinheiten manifestiert sich bei der Einschätzung der **Sparsamkeit** der Verwaltung: 41 Prozent der Befragten nehmen eine solche auf Gemeindeebene wahr (Note 3: 31 %; Noten 4 und 5: 21 %), 28 bis 30 Prozent auf Bezirks- und auf Landesebene und nur eine kleine Minderheit von 17 Prozent bei der Bundesverwaltung. Letztere wird hingegen von 41 Prozent der Bevölkerung als wenig bis gar nicht sparsam erachtet.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, welchen Eindruck man vom Umgang der eigenen Gemeinde, des eigenen Bundeslandes und des Bundes mit dem jeweils zur Verfügung stehenden Budgets habe. Auch hier hat man von der eigenen Gemeinde den besten Eindruck: 72 Prozent der Bevölkerung sind der Auffassung, dass ihre Gemeinde mit ihrem Budget sehr oder eher gut arbeitet. Im Hinblick auf das eigene Bundesland ist mit 64 Prozent ebenfalls eine breite Mehrheit davon überzeugt, dass hier gut gewirtschaftet wird, während der Bund nur auf eine Quote von 27 Prozent kommt, somit auch hier ein ausgesprochen negatives Image hat.

Erwartungsgemäß wird die Verwaltung in den kleineren Gemeinden generell etwas positiver beurteilt als dies in den großen Städten der Fall ist. Aber auch in Wien schneidet die eigene Gemeinde in den Augen der Bürger und Bürgerinnen in allen Bereichen deutlich besser als die Bundesverwaltung ab.

Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit der Beurteilung der einzelnen Verwaltungseinheiten hingegen, dass dieselbe weitgehend unabhängig davon ausfällt, ob bzw. wie häufig man persönliche Kontakte mit den jeweiligen Behörden gehabt hat.

Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der eigenen Gemeinde

Vor dem Hintergrund der anhaltend schwachen Konjunkturlage wird die wirtschaftliche Entwicklung in der eigenen Gemeinde und im eigenen Bundesland relativ positiv eingeschätzt: 40 Prozent der Befragten beurteilen sie für ihre Wohngemeinde positiv, ebenso viele bezeichnen sie als mittelmäßig (Note 3), knapp jede/r Fünfte als schlecht. Bezogen auf das eigene Bundesland ist die Sicht der Dinge noch etwas günstiger: positiv: 45 Prozent, mittel: 39 Prozent, schlecht: 14 Prozent. Die vergleichsweise besten Werte entfallen hier auf Oberösterreich; eher schwächer ist das Ergebnis vor allem in der Steiermark und in Kärnten. Deutlich reservierter wird die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich insgesamt perzipiert: nur rund ein Fünftel der Befragten hat hier den Eindruck einer positiven Entwicklung.

Angenommene Einsparpotenziale auf den einzelnen Verwaltungsebenen

Wie schätzt die Bevölkerung die Personalreserven und die sonstigen finanziellen Einsparungsmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst ein? Auch bei dieser Beurteilung wird deutlich zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten differenziert.

Von einem großen Personalüberhang auf Gemeinde, BH- und Landesebene geht jeweils nur eine kleine Minderheit aus (8 bis 12 %); selbst auf Bundesebene glaubt nur rund ein Fünftel der Befragten, dass dies zutrefte. In der eigenen Gemeinde sehen insgesamt 36 Prozent der Befragten zumindest gewisse Einsparmöglichkeiten beim Verwaltungspersonal, auf ihrer Bezirksebene bzw. bei ihrer Bezirkshauptmannschaft sind es 40 Prozent, auf Länderebene 45 Prozent und auf Bundesebene immerhin 54 Prozent. Während bei der eigenen Gemeinde mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) so gut wie keine Personaleinsparungsoptionen erkennen können, haben auf Bundesebene nur rund halb so viele (25 %) diesen Eindruck.

Analog zu den Personalreserven werden auch die sonstigen finanziellen Einsparungsmöglichkeiten in den einzelnen Verwaltungseinheiten recht unterschiedlich eingeschätzt. Große Sparpotenziale sehen auch hier nur wenige (in der eigenen Gemeinde und im Bezirk: 8 %; auf Landesebene: 15 %; auf Bundesebene immerhin 25 %); zumindest gewisse Spielräume für eine Ausgabenreduzierung vermuten auf Gemeindeebene 44 Prozent, auf Bezirksebene 52 Prozent, auf Landesebene 61 Prozent und beim Bund 67 Prozent der Befragten.

Da vor allem im Personalbereich auf Gemeinde, Bezirks- und Landesebene nicht besonders große Einsparpotenziale gesehen werden, steht man dem Vorhaben des Bundes, im Laufe der nächsten

drei bis vier Jahre rund 20.000 öffentlich Bedienstete in den Ländern und Gemeinden abzubauen bzw. einzusparen, mit großen Vorbehalten gegenüber. Dass ein solcher Personalabbau für die Gemeinden und Länder durchaus tragbar wäre, glaubt so gut wie niemand (4 %). 24 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass dies mit zumindest gewissen Problemen verbunden wäre. Eine breite Mehrheit ist jedoch davon überzeugt, dass ein solches Einsparprogramm große Probleme (56 %) mit sich brächte oder für die Gemeinden und Länder überhaupt nicht zumutbar wäre (15 %).

Darüber, dass ein Personalabbau dieser Größenordnung für die Gemeinden und Länder praktisch nicht tragbar wäre, herrscht bei allen Bevölkerungsgruppen sowie in allen Gemeinden und Bundesländern breiter Konsens.

Wirtschaftliche Entwicklung in der eigenen Region, Bürgernähe, politische Partizipation und persönliche Lebensqualität: auf welche Verwaltungseinheiten setzt man da am ehesten?

In Bezug auf diese wichtigen Lebensbereiche wurde erhoben, welche der Verwaltungsebenen (hier wurde auch die EU einbezogen) nach Ansicht der Bevölkerung am meisten zu einer positiven Entwicklung beitragen könne und welche da an zweiter Stelle in Betracht käme.

Hinsichtlich der **wirtschaftlichen Impulse in der eigenen Region** erwartet man sich am meisten vom eigenen Bundesland. Für 41 Prozent der Befragten liegt dies primär in der Hand des Landes, weitere 27 Prozent nannten die Landesebene an zweiter Stelle. Danach folgt bereits die eigene Gemeinde (an 1. Stelle: 29 %; an 2. Stelle: 20 %). Alle übrigen Institutionen liegen hier schon deutlich zurück. Der Bund wurde so wie die EU nur von 11 Prozent als die diesbezüglich relevanteste Instanz genannt.

Was die **Bürgernähe der Verwaltung** betrifft, nehmen die Gemeinden mit großem Abstand den ersten Platz ein. 57 Prozent der Befragten setzten die Gemeinden hier an die erste Stelle, weitere 15 Prozent an die zweite Stelle. Danach folgt noch klar vor der Bezirkshauptmannschaft das Land (an 1. Stelle: 21 %; an 2. Stelle: 38 %). Von der Bundesebene erwartet man sich da erwartungsgemäß eher wenig (an 1. Stelle: 5 %; an 2. Stelle: 14 %).

Die Gemeinden erzielten auch die höchsten Nennungsanteile hinsichtlich ihres Beitrages zur Gewährleistung der **politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten** der Bürger und Bürgerinnen. 37 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich eine entsprechende Partizipation in erster Linie auf dieser lokalen Ebene realisieren lässt. Auf das Bundesland entfallen hier 27 Prozent der Stimmen, auf den Bund 17 Prozent und auf die BH-Ebene sowie auf die EU jeweils 6 bis 7 Prozent.

Auch bezüglich der eigenen **Lebensqualität** geht man davon aus, dass zu deren Erhöhung primär die Wohngemeinde beitragen kann (in 1. Linie: 54 %). Mit großem Abstand folgen das Land (17 %)

und der Bund (13 %). Unter Berücksichtigung auch der „Zweitstimmen“ rangieren die Gemeinden (69 %) und das Land (57 %) deutlich vor dem Bund (27 %).

Verwaltungsreform: wahrgenommene Verbesserungen auf Gemeindeebene und weiterer Verbesserungsbedarf

Die Mehrzahl derer, die sich hier ein Urteil zutrauen (jeweils ca. 90 % der Befragten), hat bereits jetzt den Eindruck, dass es in ihrer Gemeindeverwaltung in vielen Bereichen im Zuge der angelaufenen Verwaltungsreform eine spürbar positive Entwicklung gibt. Per Saldo überwiegen in allen Gemeindegrößen die positiven Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform.

Die höchsten Nennungsanteile entfallen hier auf die Bürger/innen-Information (Gemeindezeitung etc.): insgesamt 67 Prozent der Befragten nehmen hier große (23 %) oder zumindest gewisse (44 %) Verbesserungen wahr. Bereits danach folgen die „Freundlichkeit des Personals“ (Gesamt-Nennungsquote: 60 %), die „Raschheit der Erledigungen“ und das „Eingehen auf die Bürger/innenwünsche“ (jeweils 56 %). Rund die Hälfte der Bevölkerung hat den Eindruck, dass sich das Bürgerservice insgesamt verbessert hat, dass auch „unbürokratischer“ gearbeitet wird und dass es Verbesserungen bei den Öffnungszeiten bzw. bei der telefonischen Erreichbarkeit der Gemeindeverwaltung gibt.

Von jenen, die über Internet Kontakte mit der Gemeinde aufgenommen haben, kommen positive Rückmeldungen hinsichtlich der Home-Page-Gestaltung sowie in Bezug auf die Erreichbarkeit der Gemeindebehörde via E-Mail.

Auch wenn man in vielen Bereichen der Gemeindeverwaltung bereits eine positive Entwicklung konzediert, gibt es nach Ansicht der Bevölkerung durchaus noch einen weiteren Verbesserungsbedarf. Dies betreffe vor allem das Eingehen auf die Bürgerwünsche (noch viel zu tun: 45 %), die Raschheit bzw. der weniger bürokratische Ablauf der Erledigungen sowie generell die Bürgerservicestellen (jeweils ca. 36 bis 38 % Nennungsanteile).

Knapp drei von zehn Befragten wünschen sich darüber hinaus weitere Verbesserungen bei der Informationsarbeit der eigenen Gemeinde; jeweils rund ein Fünftel der Bevölkerung moniert kundenfreundlichere Öffnungszeiten, eine bessere telefonische Erreichbarkeit und noch mehr Freundlichkeit seitens des Verwaltungspersonals. Im Internet- und E-Mail-Bereich halten sich die zusätzlichen Wünsche eher in Grenzen (ca. 10 %).

Verwaltungsreform: Akzeptanz von möglichen Maßnahmen zur Effizienzerhöhung der Verwaltung

Im Zuge der Verwaltungsreform werden im Bereich der Verwaltungseinheiten eine Reihe von Reformoptionen unter den Auspizien einer höheren Effizienz bzw. entsprechender Kosteneinsparungen ventiliert. Dabei spannt sich der Bogen von einer stärkeren Kooperation der Gemeinden untereinander über eine Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten bis hin zur Abschaffung derselben.

Bei der Bevölkerung zeichnet sich hier eine sehr klares Präferenzmuster ab. So gut wie alle Befragten (ca. 90 %) hielten es für sinnvoll, wenn benachbarte Gemeinden bzw. Städte und deren Umlandgemeinden stärker als bisher im Verwaltungsbereich kooperieren würden. Breiter Konsens (73 %) besteht auch darüber, dass die einzelnen Bundesländer im verwaltungstechnischen Bereich stärker zusammenarbeiten sollten (etwa in der EDV bzw. bei der Lohnverrechnung).

Geteilter Meinung ist man hingegen, was die Zusammenlegung von Kleinstgemeinden (mit bis zu 1.000 Einwohnern) betrifft. Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent spricht sich dafür aus, 44 Prozent sind dagegen. Seitens der Wohnbevölkerung der kleinen Gemeinden überwiegen leicht die Vorbehalte (53 % zu 44 %). In den Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern tendiert man aber bereits dazu, solche Zusammenlegungen zu befürworten.

Einer Eingliederung von Umlandgemeinden in die Städte kann die Mehrheit der Befragten wenig abgewinnen. Insgesamt knapp zwei Drittel (64 %) der Bevölkerung sprechen sich grundsätzlich eher dagegen aus, 30 Prozent dafür. Auf noch geringere Akzeptanz würde eine regionale Zusammenlegung der neun Bundesländer auf drei bis vier Länder bzw. Regionen stoßen (dafür: 20 %; dagegen: 77 %). Fast deckungsgleich damit ist die Einstellung zu einer möglichen Abschaffung der Bezirkshauptmannschaften in den Ländern (dagegen: 78 %). Eine generelle Abschaffung der Bundesländer kann in den Augen der Bevölkerung überhaupt kein Diskussionsthema sein: 94 Prozent der Befragten wären aus heutiger Sicht jedenfalls dagegen.

Zur Neuaufteilung von Kompetenzen der Verwaltungseinheiten

Im Rahmen des Österreich-Konvents wird man sich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform auch mit möglichen Veränderungen hinsichtlich der Zuständigkeiten bzw. Kompetenzen und Aufgaben der einzelnen Verwaltungseinheiten befassen.

Was dabei die generelle Richtung allfälliger Kompetenzverschiebungen betrifft, gibt es seitens der Bevölkerung ein deutliches Präferenzmuster. Man wünscht sich dabei eine entsprechende Aufwertung der Gemeinden und der Länder, also Kompetenzverschiebungen, die von der Bundesverwaltung hin in Richtung der lokalen Verwaltungsbehörden gehen. Zwischen 17 und 32

Prozent (je nach Gemeindegrößenklasse) aller Befragten sprechen sich für mehr Kompetenzen der Gemeinden aus, 28 Prozent votieren für eine Aufwertung der Bundesländer. Einem Kompetenzzuwachs auf Bundesebene können nur 10 Prozent der Befragten etwas abgewinnen. 32 Prozent meinen umgekehrt, dass der Bund Kompetenzen abgeben sollte. Bei den Ländern und Gemeinden würde eine „Abwertung“ nur bei wenigen auf Verständnis stoßen (bei 4 bis 10 %). Eine Ausnahme bilden nur die Kleinstgemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern: zwar tendiert man auch im Hinblick auf diese kleinen Orte für mehr Verwaltungskompetenzen (zu 23 %), doch melden hier immerhin 15 Prozent der Befragten Vorbehalte an.

Erwartungsgemäß wünscht man sich vor allem für die eigene Wohngemeinde ein Mehr an Kompetenzen und Zuständigkeiten.

Bezüglich der Bezirkshauptmannschaften bzw. der Bezirke halten sich die Befürworter von mehr bzw. von weniger Kompetenzen in etwa die Waage (mehr Zuständigkeiten: 18 %; weniger: 14 %).

Die Befürwortung von Kompetenzverschiebungen in Richtung der Kommunen manifestiert sich auch an einem konkreten Beispiel: die im letzten Jahr erfolgte Übertragung des Meldewesens, des Passwesens und des Fundwesens vom Bund an die Statuarstädte halten 70 Prozent der Befragten für eine gute Sache (schlechte Sache: 15 %; ebenso viele waren überfragt).

Bedenken im Zusammenhang mit Kompetenzverschiebungen haben allerdings viele im Bereich jener Steuern, die derzeit im Kompetenzbereich der Bundesverwaltung sind. Nur knapp vier von zehn Befragten sprechen sich dafür aus, dass künftig ein Teil der Steuern (etwa die Lohn- und Einkommenssteuer) anstatt vom Bund von den einzelnen Bundesländern selbst festgelegt wird; 45 Prozent der Bevölkerung sind dagegen. 16 Prozent trauten sich hier kein Urteil zu.

Thema E-Government: Kontaktierung von Internet-Seiten der Verwaltung

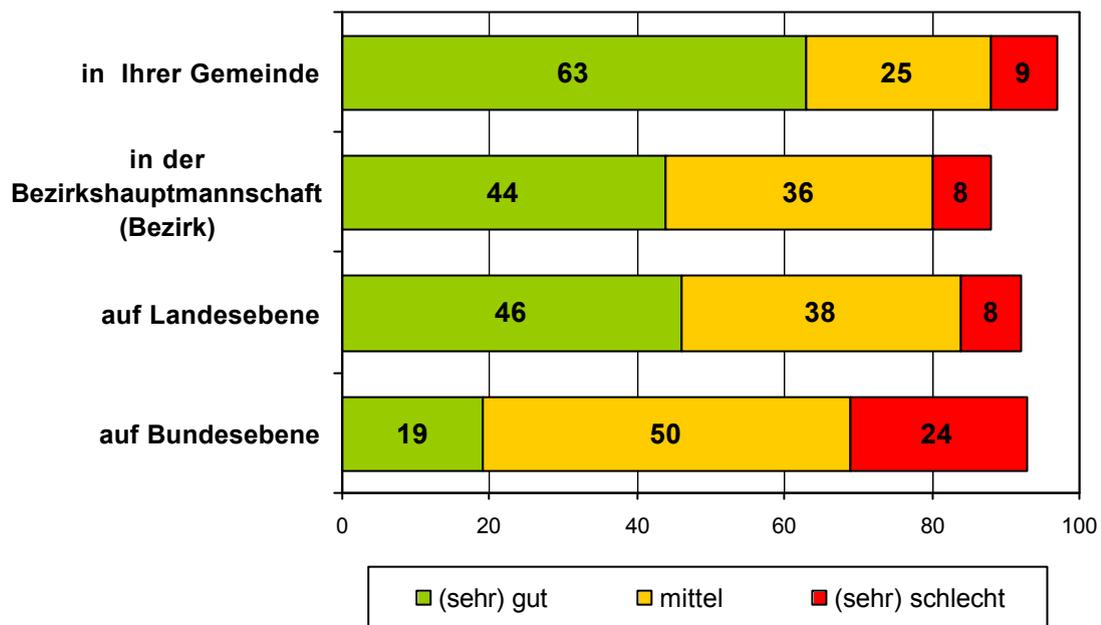
Gegenwärtig geben knapp 60 Prozent der Bevölkerung über 18 Jahren an, über einen Internetzugang zu verfügen; rund jede/r Zweite hat zu Hause einen Internet-Anschluss (vor genau zwei Jahren waren es noch 35 Prozent).

Von den Internet-Usern haben bereits viele die Web-Seite ihrer Gemeinde kontaktiert. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, in der Internet-Seite ihrer Wohngemeinde gewesen zu sein, sei es im Zusammenhang mit amtlichen Fragen (44 %; vor zwei Jahren lag die entsprechende Quote bei 31 %), oder um sich über Freizeitangebote zu informieren (43 %). Rund ebenso viele haben schon eine Internet-Seite von Landesbehörden aufgerufen. Selbst die Amtshilfeseite des Bundes (help.gv.at) wurde inzwischen von einem Fünftel der Internet-User in Anspruch genommen (vor zwei Jahren waren es mit 15 % allerdings nicht viel weniger).

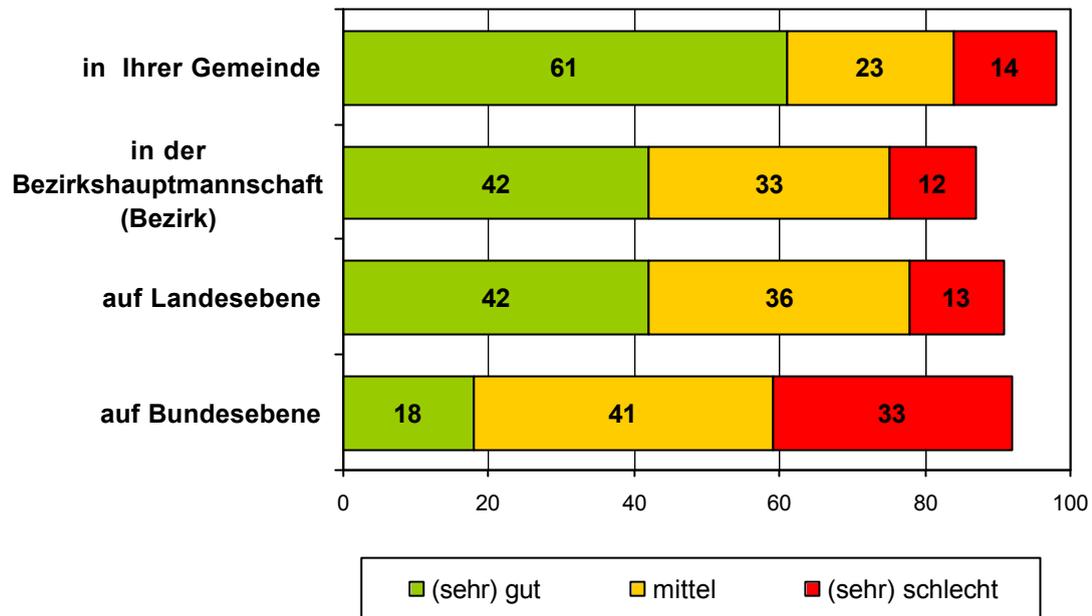
Knapp 60 Prozent der Bevölkerung mit Internetzugang haben ihren Angaben zufolge gelegentlich auch schon die Home-Page anderer Städte genutzt, wobei man in erster Linie Informationen über Freizeitangebote und über Reiseunterkünfte eingeholt hat.

Grafiken

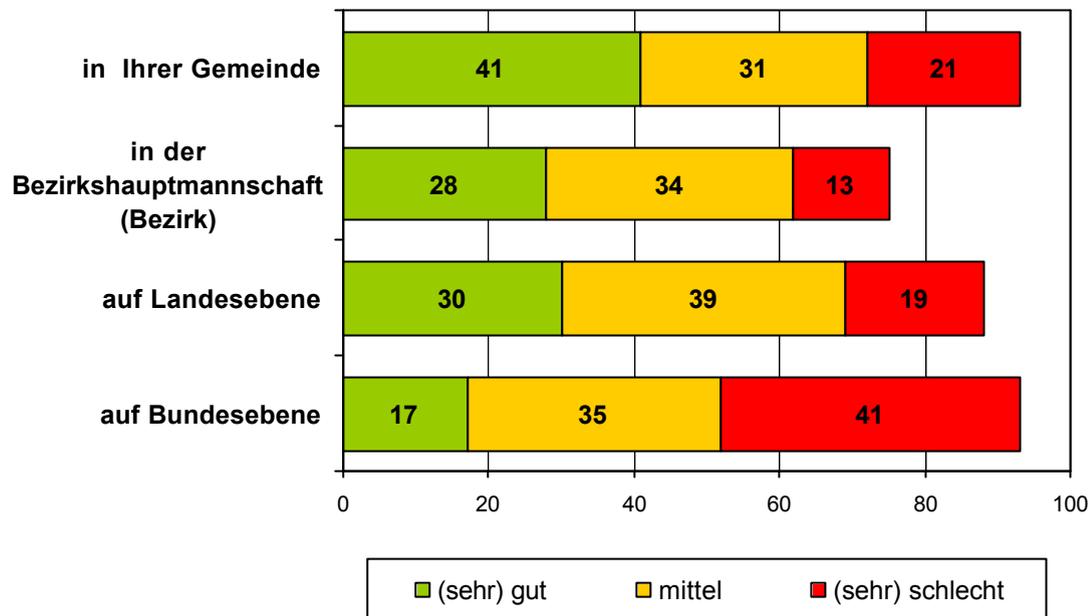
Frage: Wie beurteilen Sie die Verwaltung insgesamt gesehen? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)



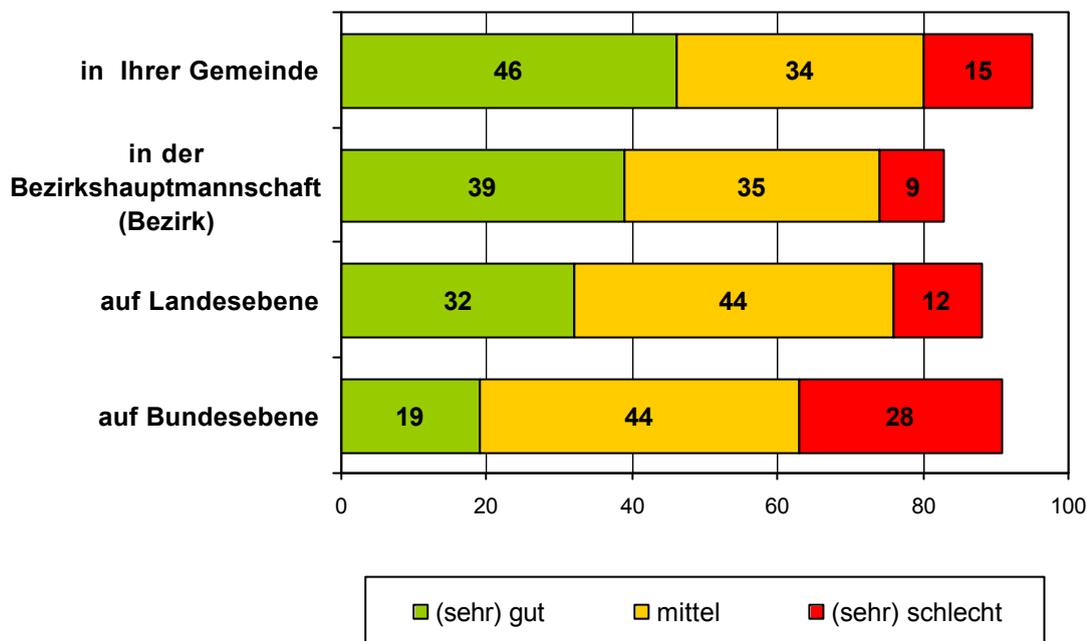
Frage: **Wie beurteilen Sie die Bürgernähe der Verwaltung ...? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)**



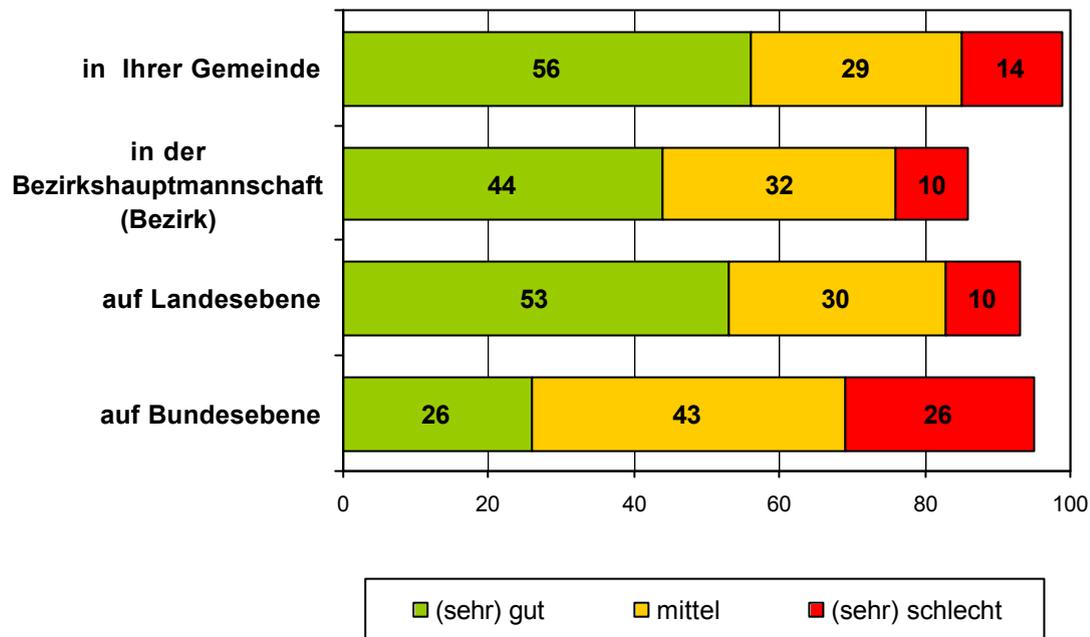
Frage: Wie beurteilen Sie die Sparsamkeit der Verwaltung? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)



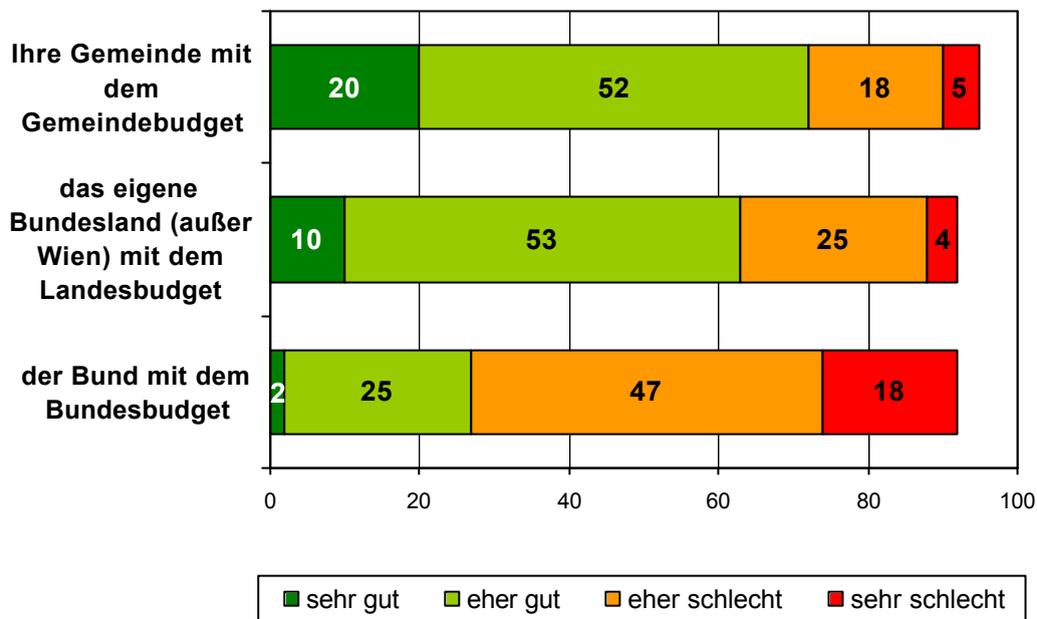
Frage: **Wie beurteilen Sie die Effizienz bei der Aufgabenerfüllung ...? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)**



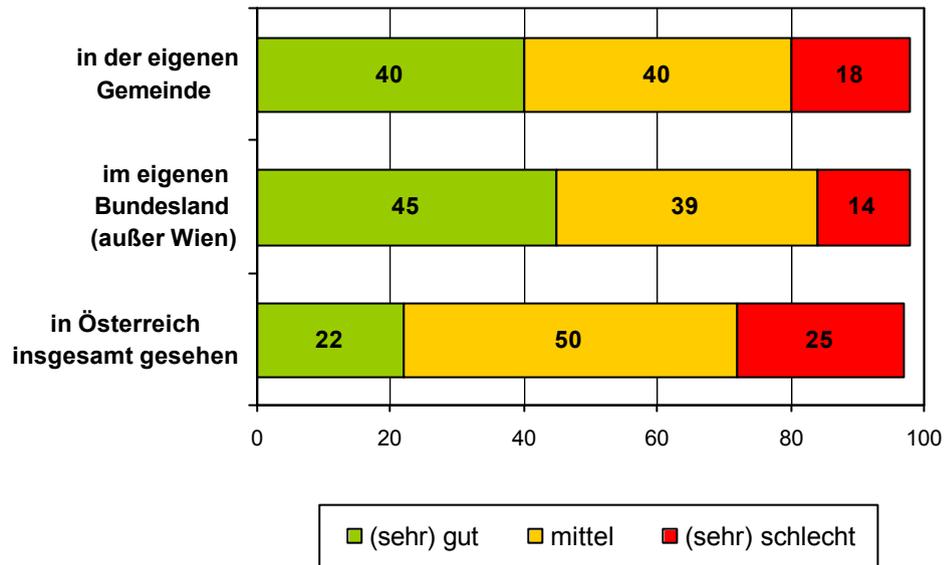
Frage: **Wie beurteilen Sie das Engagement, etwas weiterzubringen? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)**



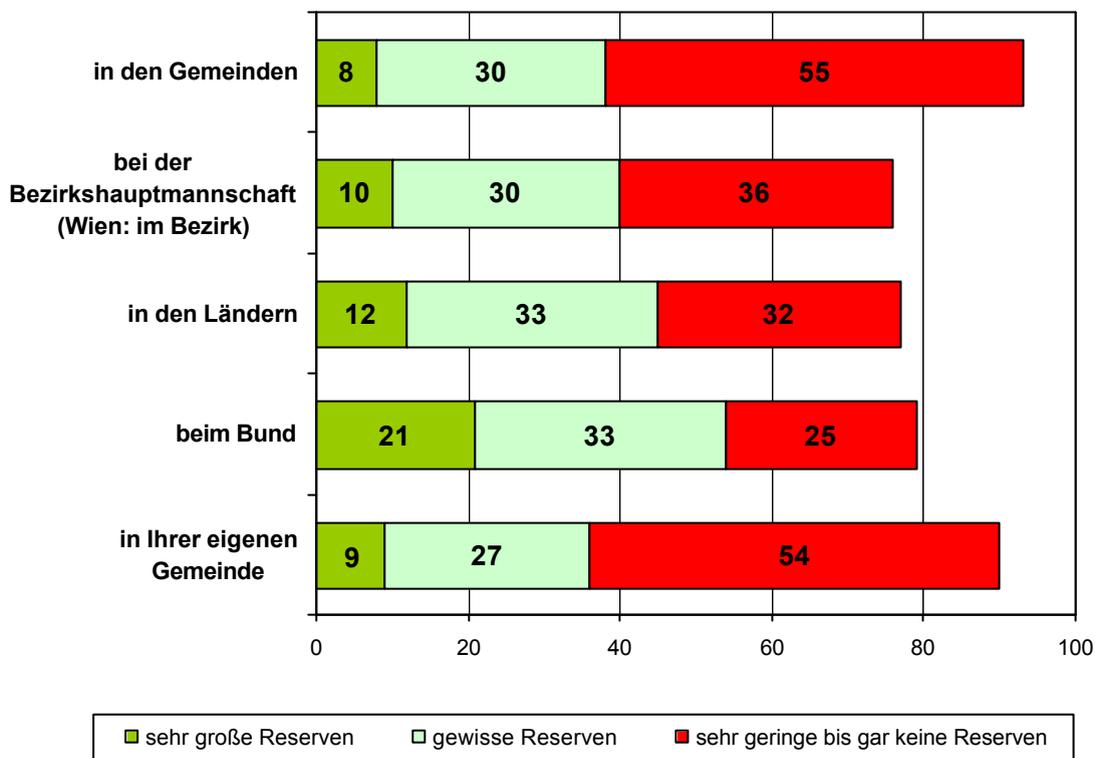
Frage: Wie schätzen Sie das ein: wie gut wirtschaftet Ihre Gemeinde/das Land/der Bund mit dem Budget, das zur Verfügung steht? (in Prozent)



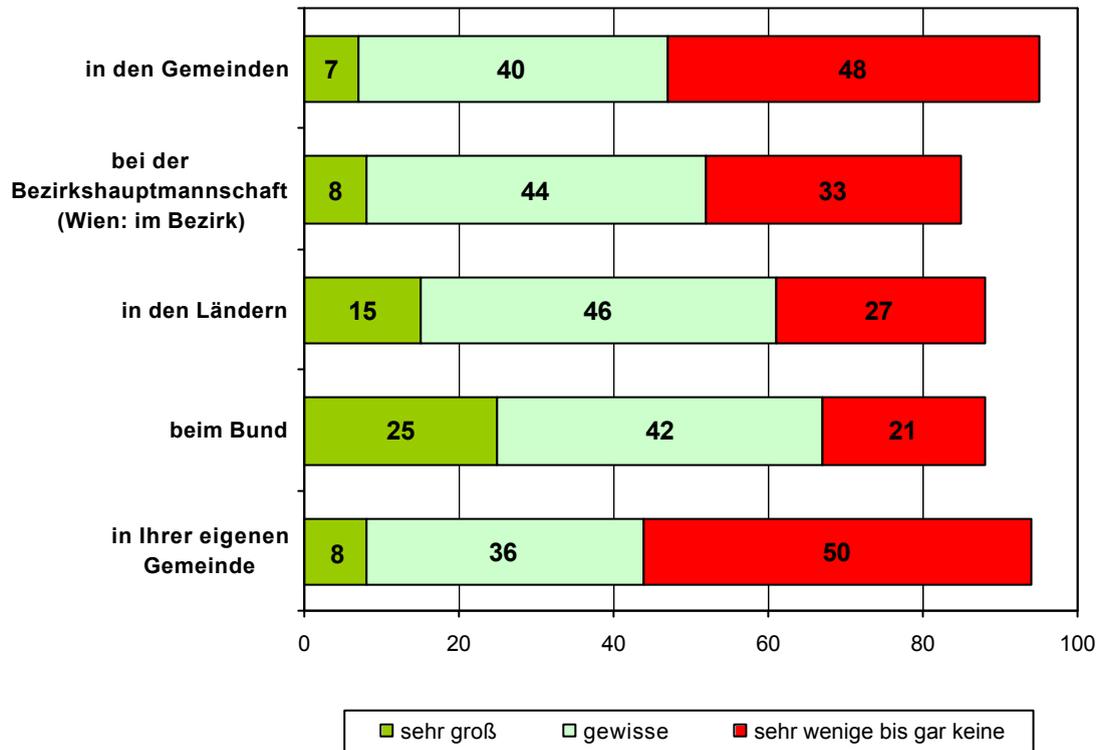
Frage: Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung? (Note 1 = sehr gut, Note 5 = sehr schlecht) (in Prozent)



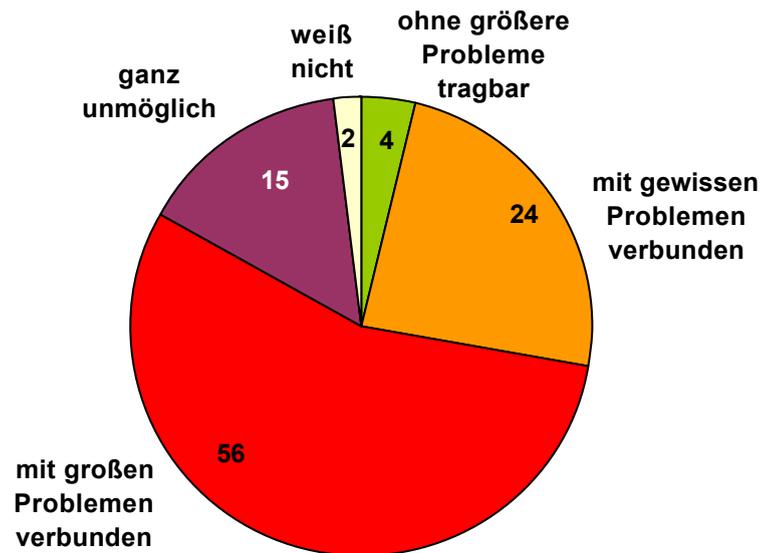
Frage: Was meinen Sie, wie groß sind im Öffentlichen Dienst die Personalreserven? (in Prozent)



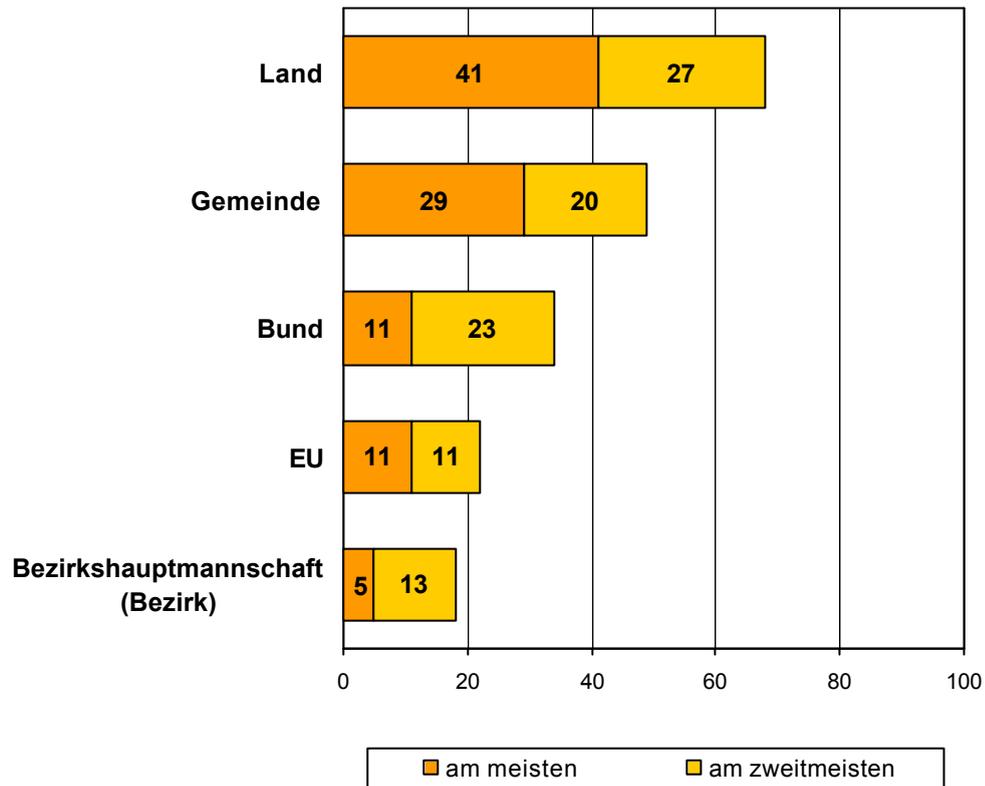
Frage: Und für wie groß halten Sie ganz allgemein die finanziellen Einsparungsmöglichkeiten? (in Prozent)



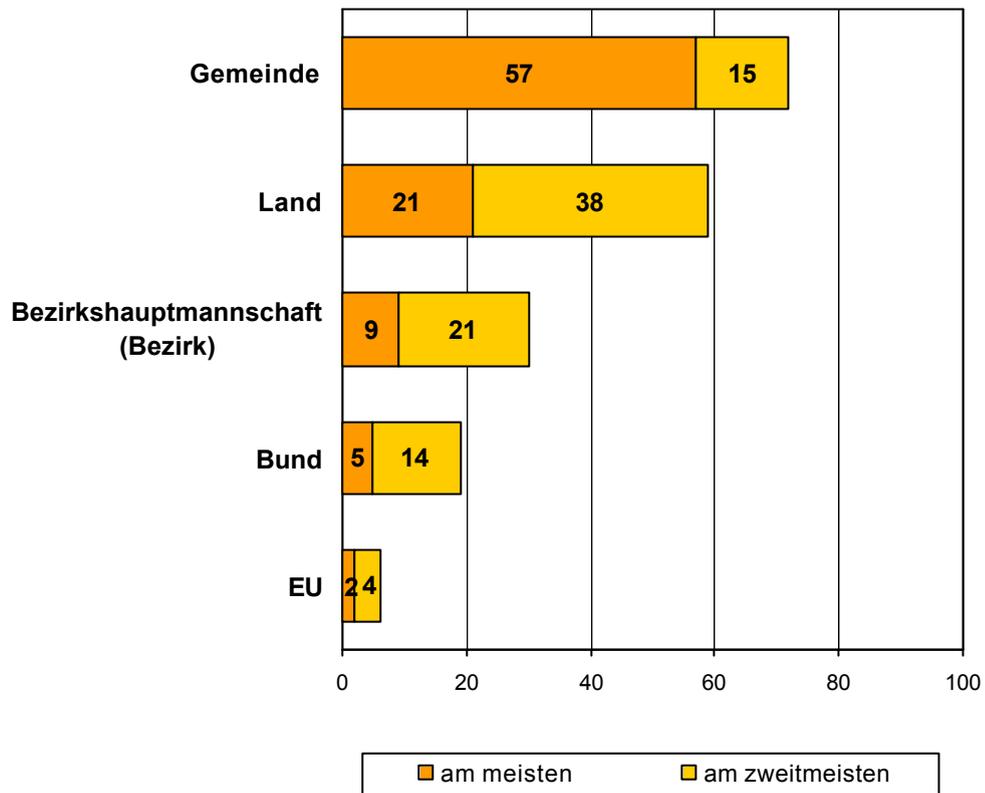
Frage: Seitens des Bundes ist geplant, in den Ländern und Gemeinden in den nächsten 3 bis 4 Jahren rund 20.000 öffentlich Bedienstete einzusparen. Davon betroffen wären neben der Verwaltung u.a. die Spitäler, die Kinder- und Altenbetreuung sowie die PflichtschullehrerInnen. Glauben Sie, wären diese Personaleinsparungen für die Gemeinden und Länder ...? (in Prozent)



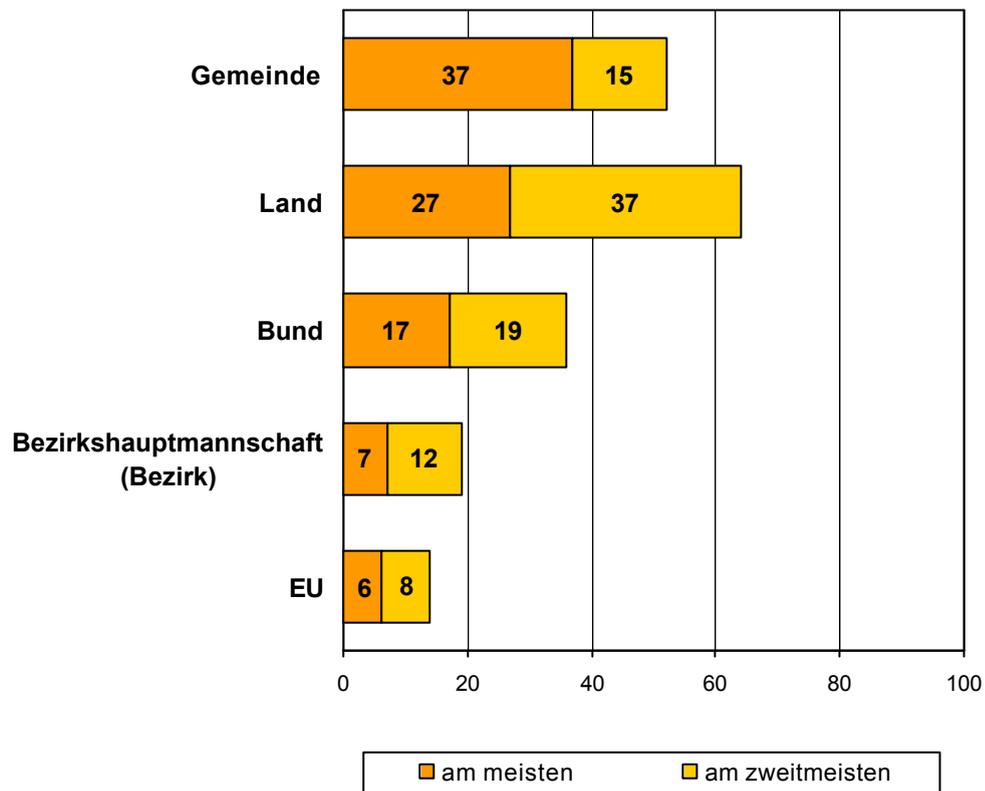
Frage: Wer kann Ihrer Ansicht nach am meisten bzw. am zweitmeisten zur wirtschaftlichen Entwicklung Ihrer Region beitragen? (in Prozent)



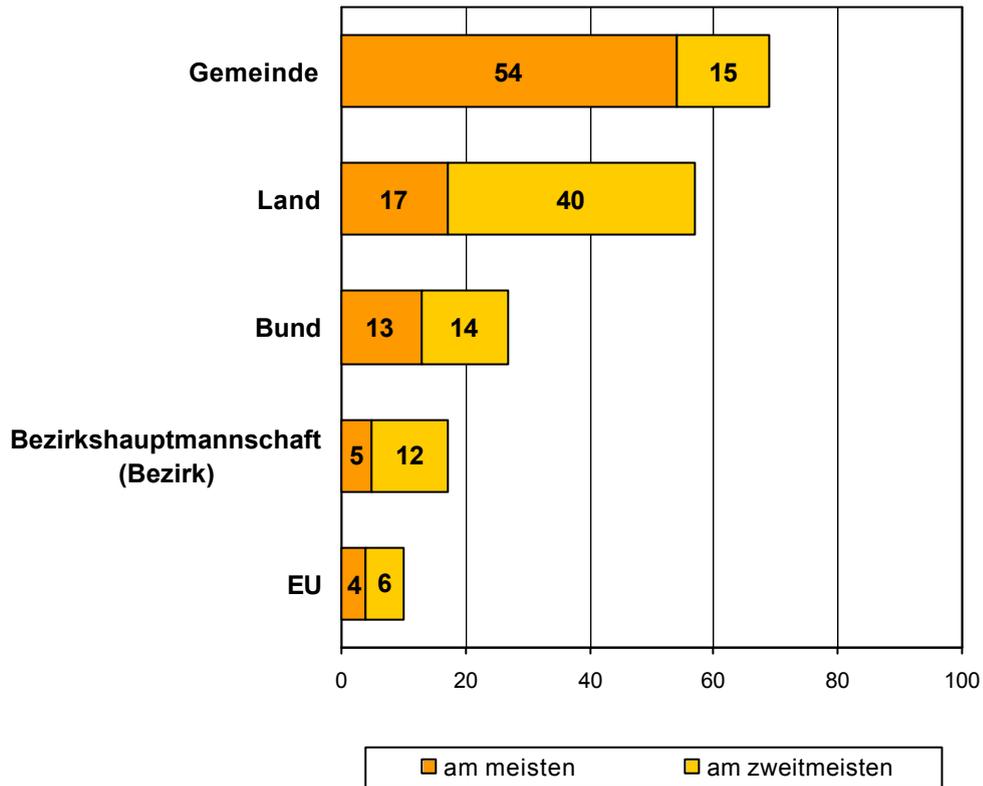
Frage: Wer kann Ihrer Ansicht nach am meisten bzw. am zweitmeisten zur Bürgernähe der Verwaltung beitragen? (in Prozent)



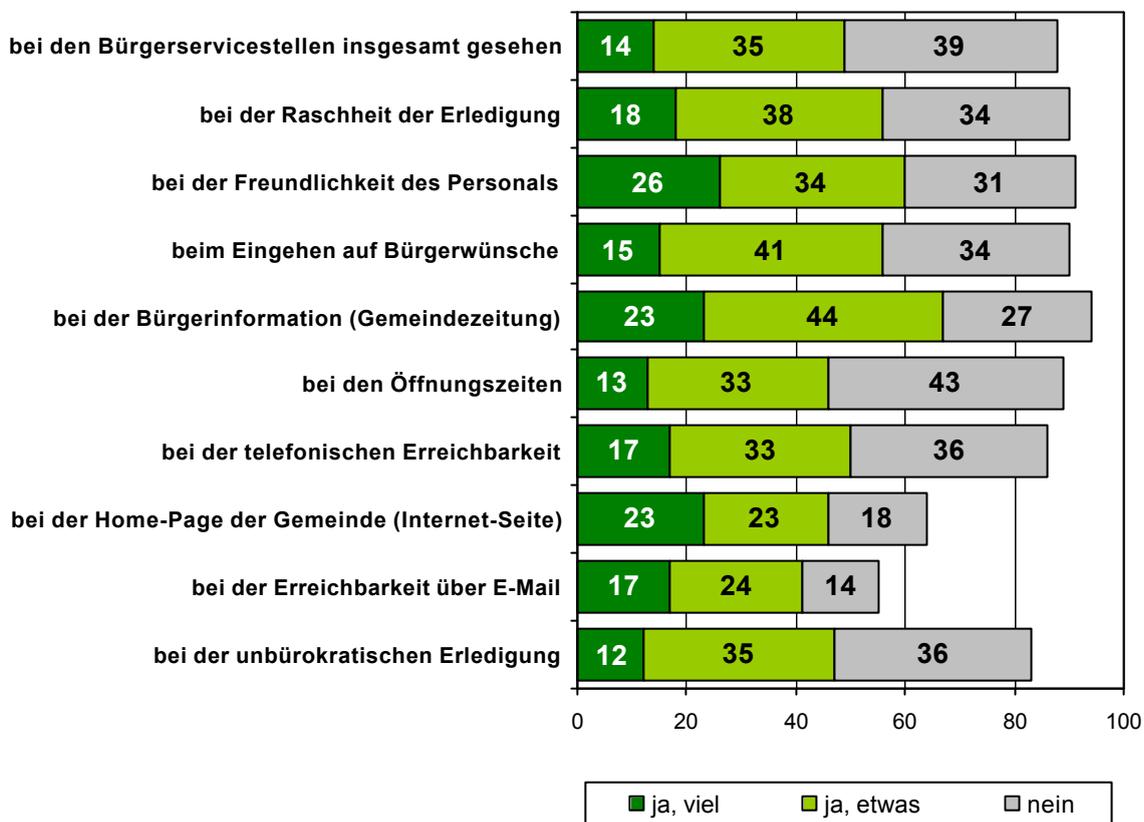
Frage: Wer kann Ihrer Ansicht nach am meisten bzw. am zweitmeisten zu demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten beitragen? (in Prozent)



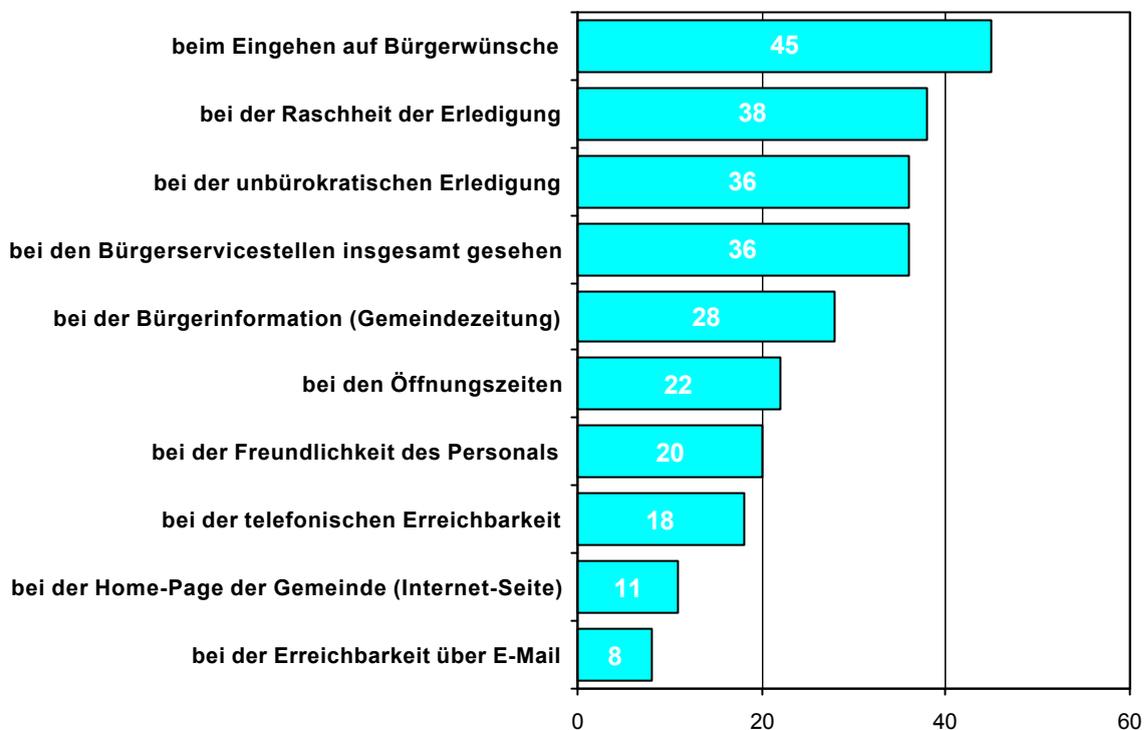
Frage: Wer kann Ihrer Ansicht nach am meisten bzw. am zweitmeisten zu Ihrer persönlichen Lebensqualität beitragen? (in Prozent)



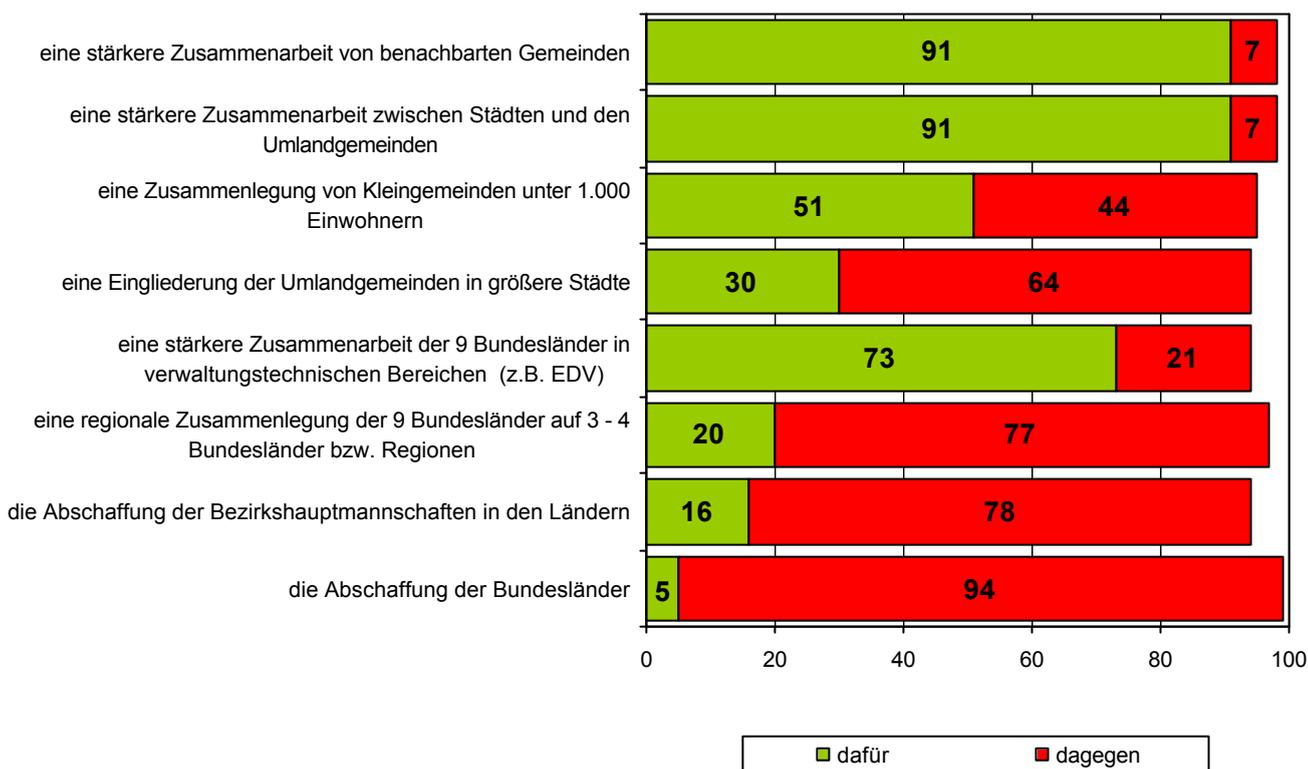
Frage: Derzeit ist die Verwaltungsreform im Gespräch. Haben Sie den Eindruck, dass sich da in Ihrer Gemeinde schon etwas verbessert hat? (in Prozent)



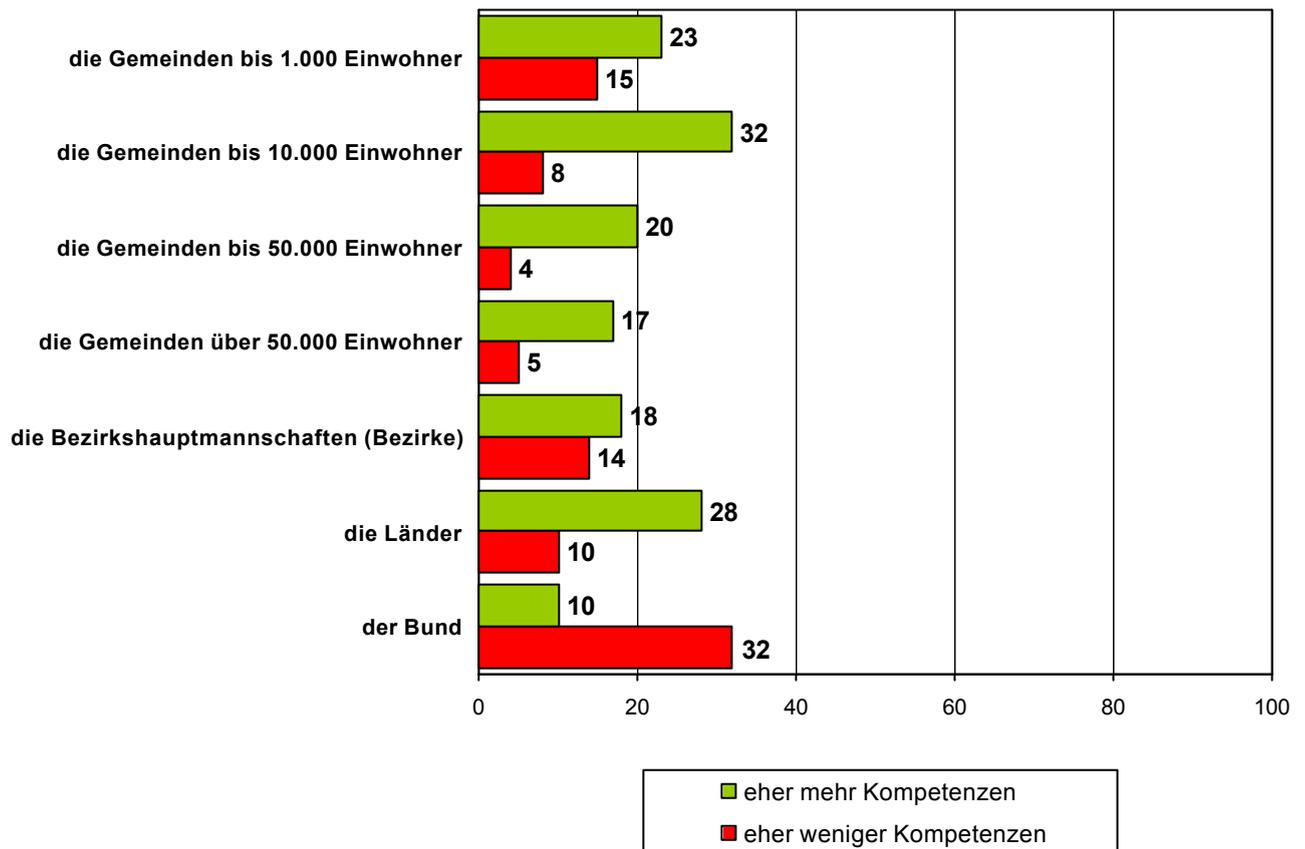
Frage: Und wo wäre da noch viel zu tun? (in Prozent)



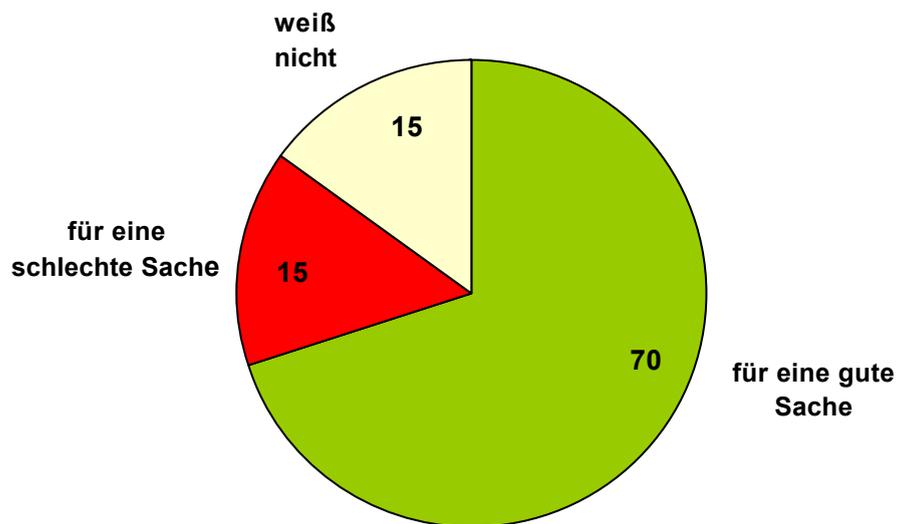
Frage: Im Rahmen der Verwaltungsreform werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, die zu mehr Effizienz und zu Kosteneinsparungen führen sollen. Sagen Sie bitte jeweils, ob Sie dafür oder dagegen wären. (in Prozent)



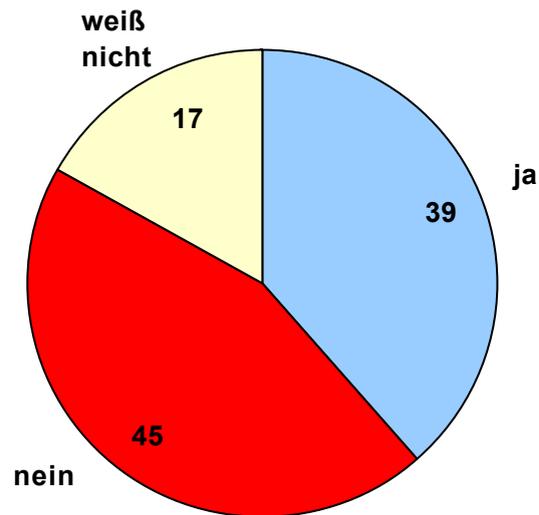
Frage: Es ist auch geplant, eine Neuaufteilung von Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen Gemeinden, Ländern, Bezirkshauptmannschaften und dem Bund vorzunehmen. Wer davon sollte Ihrer Ansicht nach künftig eher mehr Kompetenzen bekommen, also aufgewertet werden oder wer sollte weniger Kompetenzen haben? (in Prozent)



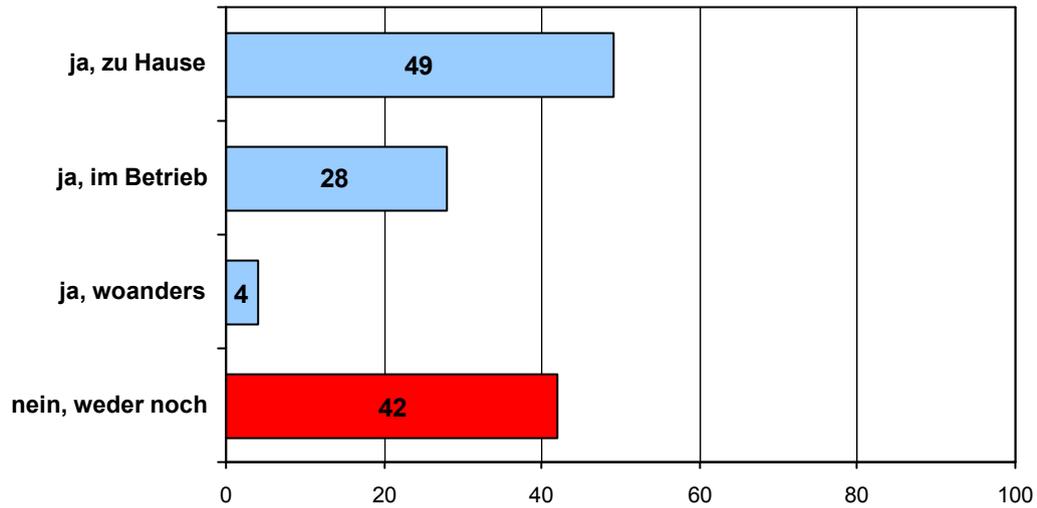
Frage: Im letzten Jahr wurde das Meldewesen, das Passwesen und das Fundwesen vom Bund an die größeren Städte (bzw. an die Statuarstädte) übertragen. Halten Sie die Übertragung dieser Kompetenzen an die Städte ...? (in Prozent)



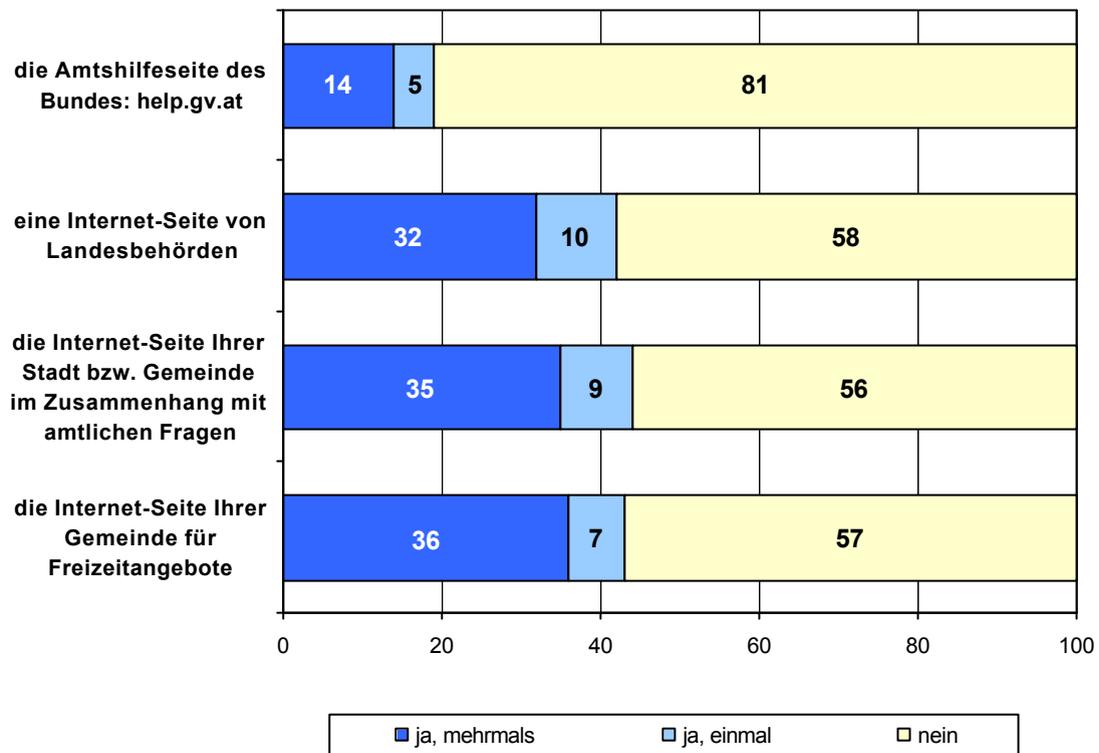
Frage: Derzeit wird der Großteil der Steuern vom Bund festgelegt. Sollte Ihrer Ansicht nach künftig ein Teil der Steuern – z.B. die Lohn- und Einkommenssteuer - statt vom Bund von den einzelnen Bundesländern festgelegt werden? (in Prozent)



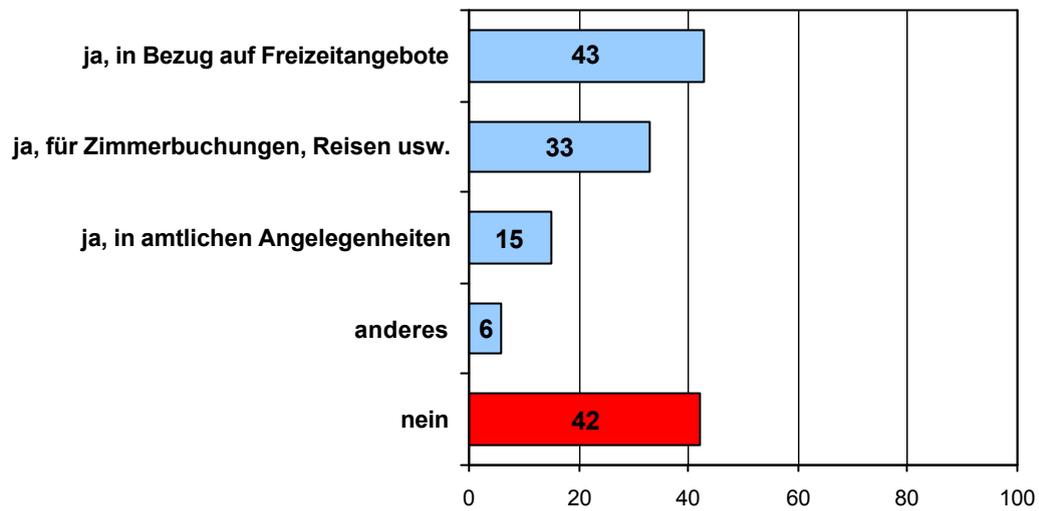
Frage: Haben Sie persönlich einen Zugang zum Internet, entweder zu Hause oder im Betrieb? (in Prozent)



Frage: Haben Sie schon einmal die folgenden Internet-Seiten kontaktiert? (BASIS: INTERNET-ZUGANG; n = 581) (in Prozent)



Frage: Nutzen Sie gelegentlich die Home-Page anderer Städte? (BASIS: INTERNET-ZUGANG; n = 581) (in Prozent)



Frage: Haben Sie im letzten Jahr mit den folgenden Behörden Kontakt gehabt? (in Prozent)

